

Herausgeber: Das Präsidium
FUEV Generalsekretariat
Schiffbrücke 41
D - 24939 Flensburg
Tel. ++49 - 461 - 12 8 55
Fax ++49 - 461 - 18 07 09
E-Mail info@fuen.org
Website <http://www.fuen.org>



AKTUELL

Federal Union of European Nationalities
Union Fédéraliste des Communautés Ethniques Européennes
Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen

Федералистский Союз Европейских Национальных Меньшинств

Satz & Layout:
Frank Nickelsen
Gedruckte Auflage:
5000

In eigener Sache:

FUEV-Delegation bei den Ungarn in der Slowakei



Im Rahmen der Vorbereitungsarbeiten für den **45. Nationalitätenkongress vom 31. Mai bis 04. Juni 2000 in Komarno/Slowakei** nutzten FUEV-Vizepräsident Joseph v. Komlóssy und FUEV-Geschäftsführer Frank Nickelsen die Gelegenheit, die FUEV-Mitgliedsorganisation Magyar Koalicio Partja MKP zu besuchen.

Die beiden FUEV-Vertreter wurden empfangen vom Vizepräsidenten der MKP, und gleichzeitig Mitglied des slowakischen Parlaments, Herrn Arpád Duka-Zolyomi und MKP-Sekretär Herrn Laszlo Bacso. Die Gesprä-

che standen ganz im Zeichen des bevorstehenden Kongresses. So wurden u.a. alle technischen und



Arpád Duka-Zolyomi, Vizepräsidenten der Magyar Koalicio Partja, und gleichzeitig Mitglied des slowakischen Parlaments die Unterkunft betreffenden Fragen geklärt

Weitere Informationen zum 45. Nationalitätenkongress in Komarno erteilt das FUEV-Generalsekretariat.

Mahnmal für ermordete Sinti und Roma

In seiner Rede anlässlich des Holocaust-Gedenktages in der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen am 27. Januar betonte der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, nochmals die Forderung nach einem Mahnmal zum Gedenken der rund 500 000 von den Nationalsozialisten ermordeten Sinti und Roma. Eine Zusage erhielt der Zentralrat bereits 1994 von der deutschen Bundesregierung und dem

Land Berlin, doch ist es bisher im Berliner Senat zu keinen weiteren Umsetzungen gekommen. Weiteres Augenmerk legt der Zentralverband Deutscher Sinti und Roma derzeit auf die geplanten Entschädigungen für ehemalige NS-Zwangsarbeiter. Bei einem Treffen mit dem Sonderbeauftragten der Bundesregierung, Otto Graf Lambsdorff, am 16. März, verlangte Romani Rose Änderungen bei den seiner Ansicht nach unange-

Neue Vorstände bei den FUEV-Mitgliedsorganisationen

SLOWAKEI. Neuer Vorsitzender des des **Karpatendeutschen Vereins** ist Dipl. Ing. Bartolomej Eiben.

ÖSTERREICH. Neuer Vorsitzender des »**Narodni Svet Korôskih Slovencev**« (Rat der Kärntner Slowenen) ist Bernhard Sadovnik.

DEUTSCHLAND. Neuer Vorsitzender des **Zwjazk Luziskich Serbow Domowina** - (Bund Lausitzer Sorben e.V.) ist Jan Nuck.

Friesen wollen neue Landesprüfungsordnung

Die Nordfriesische Minderheit in Schleswig-Holstein sieht die Ausbildung weiterer Lehrkräfte für das Fach Friesisch gefährdet, so Jörgen Jensen Hahn, Vorsitzender der "Foriining for nationale Friiske". Grund dafür ist die Landesprüfungsordnung (LPO) von Schleswig-Holstein, nach der Friesisch kein an-

erkanntes Prüfungsfach für Lehramtsstudenten ist. Auch FUEV-Präsident Romedi Arquint wandte sich in einem Schreiben an die Ministerpräsidentin Heide Simonis mit der Bitte, entsprechende Schritte für eine Verbesserung der Lage des Friesischen an den Hochschulen einzuleiten.

Neue Website zu Fragen der Sinti und Roma

Das OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) hat eine neue Website eingerichtet, die über die aktuelle Arbeit der BDIMR-Kontaktstelle für Fragen der Sinti und Roma informiert. Abrufbar sind unter anderem eine Zusammenstellung der OSZE-Dokumente zum Thema Sinti und Roma und eine Datenbank mit Kontaktpersonen und internationalen Organisationen. Zu finden ist sie unter der Adresse : <http://www.osce.org/odihr/cprsi/index.htm>

messenen Kriterien für die Zahlung der Entschädigungsleistungen. Weiterhin angestrebt wird eine Beteiligung am Stiftungsrat. Nach Angaben Roses leben in Deutschland noch 2600 Sinti und Roma, die im Nationalsozialismus verfolgt

und in Konzentrationslager verschleppt wurden. Mehr als 500 von ihnen mußten Zwangsarbeit für Firmen wie Siemens, VW und IG Farben leisten. Weitere 600 Sinti und Roma arbeiteten in den SS-Betrieben in den Konzentrationslagern.

Wahlen in Kroatien - Sieg der Sozialisten

In Zagreb tagt ein neues Parlament. Am 3. Januar diesen Jahres entschied sich die Mehrheit der kroatischen Wahlberechtigten für die Koalition zwischen den Sozialdemokraten SDP, den Sozialliberalen HSLŠ, der Bauernpartei HSS, der Volkspartei HNS, den Liberalen LS und der Istrischen Regionalpartei IDS. Damit endete die zehnjährige Herrschaft der HDZ, der Partei des verstorbenen Staatsgründers Franjo Tuđman.

Die neue Regierung unter Ivica Račan, dem Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, erklärte ihre Absicht, umfassende Verfassungsreformen durchzuführen und den Weg für eine angestrebte EU-Mitgliedschaft Kroatiens zu ebnen. Weiterhin will sie die vom Internationalen Kriegsverbrechertribunal in Den Haag (ICTY) Beschuldigten ausliefern und die Rückkehr aller Flüchtlinge beschleunigen.

»Menschenrechte in den postjugoslawischen Ländern« Seminar zum Thema in Montenegro

Vom 10.-12. Dezember letzten Jahres organisierte das Ministerium für Menschenrechte und ethnische Minderheiten der jugoslawischen Teilrepublik Montenegro ein Seminar zum Thema Menschenrechte in Postjugoslawien. Eröffnet wurde die Veranstaltung, zu der zahlreiche namhafte Experten und Minderheitenvertreter der Nachfolgestaaten erschienen, von Prof. Dr. Novak Kilibarda, stellvertretender Regierungschef Montenegros, Luig Junjaj, Minister für Menschenrechte, und FUEV-Vizepräsident Bela Tonkovic. In seiner Rede betonte Tonkovic die Auffassung der FUEV, Minderheitenrechte seien fester Bestandteil der Menschenrechte. Ihre gerechte Einlösung ist im ethnisch vielfältigen Europa ein wesentlicher Faktor der Friedensicherung jedes Landes wie des ganzen Kontinents. Innerhalb des durch OSZE, Europarat und Europäische Union zu schaffenden obligatorischen Rahmens gilt es, auf der Grundlage der örtlichen Begebenheiten und Traditionen geeignete Lösungen zu schaffen. Schließlich begrüßte Tonkovic die Bereitschaft der montenegrinischen Regie-

rung, die Minderheiten- und Menschenrechte den Verordnungen und Empfehlungen des Europarates anzugleichen und bot die Hilfe und Erfahrung der FUEV zur Umsetzung an. Während des Seminars trat der unterschiedliche Stand der Menschenrechte in den verschiedenen jugoslawischen Nachfolgestaaten deutlich hervor. Während einhergehend mit der demokratischen Entwicklung vor allem in Slowenien und Kroatien permanente Fortschritte erzielt werden, lassen sich in Serbien Rückschritte auf fast allen Gebieten der Menschenrechte feststellen. Einig waren sich alle Teilnehmer in der Hoffnung, daß alle Nachfolgestaaten bald demokratische Regierungen haben werden und der Rückstand auf dem Gebiet der Menschen- und Minderheitenrechte nachgeholt wird.

Neues Präsidium in der JEV

Die Jugend Europäischer Volksgruppen (JEV) wählte auf ihrem diesjährigen Osterseminar in Bozen/Südtirol ein neues Präsidium: Präsidentin ist Anne Hahn (Nordfriesin/Deutschland), Sekretär ist Jan Bakker (Westfriesen/Niederlande), Schatzmeisterin ist Judith Walde (Sorbin/Deutschland), Vizepräsidenten sind Zoltan Szalonna (Deutscher/Ungarn)

und Matej Sussi (Slowene/Italien).



Zusätzlichkeitsprinzip

Das Zusätzlichkeitsprinzip und der Strukturfonds sind ein wichtiges politisches Problem, das gegenwärtig die walisische Nationalversammlung, das schottische Parlament und das Europaparlament beschäftigt. Es war einer der Gründe für den (von der walisischen Partei Plaid Cymru eingebrachten) Misstrauensantrag gegen den Ersten Sekretär der walisischen Nationalversammlung und für dessen Rücktritt vor einigen Wochen. Die Bestimmungen zum Strukturfonds besagen, dass europäische Gelder zusätzliche Mittel zur Armutsbekämpfung in den %ärmsten Regionen sein sollten. Wenn aber Wales und Schottland EU-Gelder erhalten, reduziert die britische Regierung ihre zentralen Ausgaben für diese Regionen um einen entsprechenden Betrag. In der Praxis verwendet die britische Regierung die EU-Gelder also anstelle normaler staatlicher Ausgaben, und nicht zusätzlich zu ihnen.

Da aber die Bestimmungen besagen, dass das Zusätzlichkeitsprinzip nicht auf regionaler Ebene, sondern nur auf Ebene der einzelnen Mitgliedsstaaten angewendet wird, kann das wahre Bild verfälscht wer-

den. Derzeit berücksichtigt die Kommission lediglich die Ebene des Vereinigten Königreichs.

Während einer Fragestunde in der Februar-Plenarsitzung



MEP Jill Evans

des Europaparlaments kam es zu einem heftigen Wortwechsel zwischen den Abgeordneten Jill Evans (Plaid Cymru) und Neil MacCormick (Scottish National Party, SNP) auf der einen sowie EU-Kommissar Barnier auf der anderen Seite. Die Europäische Freie Allianz (EFA) verlangt eine umfangreiche Debatte über das Thema. Jill Evans, der Plaid Cymru-Vorsitzende Dafydd Wigley und Andrew Wilson von der SNP werden am 10. März mit Barnier zusammenzutreffen, um ihrer Kampagne Nachdruck zu verleihen.



Max van der Stoel im Amt bestätigt

Auf dem Gipfeltreffen der OSZE in Istanbul wurde Max van der Stoel erneut zum Hohen Kommissar für nationale Minderheiten bestellt. Der Beschluß der OSZE-Staats- und Regierungschefs lautet: "Unser Dank gilt dem Hohen Kommissar für nationale Minderheiten, Max van der Stoel, für seine Bereitschaft, im Amt zu bleiben, bis spätestens beim OSZE-Ministerrats-treffen in Wien im November/Dezember 2000 ein neuer Hoher Kommissar für nationale Minderheiten bestellt wird." Max van der Stoel hat dieses Amt seit dessen Schaffung im Jahr 1992 inne.

OSZE Newsletter 11,12/99

Rezension

»Regional contact 14« von Romedi Arquint

Es gilt ein Buch zu rezensieren, das mit der Person Folmer Wisti in engstem Zusammenhang steht. Der dänische Kulturaktivist hat sein Lebenswerk ganz in den Dienst einer Grundidee gestellt. Aus der Überzeugung heraus, dass ein kultureller Austausch der Königsweg zur besseren Verständigung der Völker Europas untereinander darstelle, gründete und führte Wisti die dänischen Institute in zahlreichen Staaten. Dass der Austausch von geistigen Werten mit ihren jeweils anders geprägten "Folkelighed" (ein durch das Deutsche nicht mehr verwendbarer Ausdruck des grossen dänischen Aufklärers Grundtvig) auf der politischen Ebene mit einer osmotischen Interpretation der staatlichen Grenzen zugunsten regionaler Kooperationsmodelle korrespondierte, wurde Wisti deutlich, weshalb er ab 1976 regelmässig unter grossem finanziellem und Energieaufwand (und mit der Unterstützung seiner Frau!) die Konferenzen der Regionen organisierte. Diese hat der heute 92-Jährige organisatorisch Prof. Silvo Devetak von der Universität in Maribor übertragen.



Prof. Dr. Silvo Devetak

In der Jubiläumsbroschüre der Konferenz von 1998 in Kopenhagen sind zahlreiche "Geburtstagsgeschenke" enthalten. Der Reiz der Publikation besteht vor allem darin, dass zu den Themen Regionalismus, Freiheit der Identität es zu einem Dialog zwischen Wissenschaftlern aus dem sogenannten West- mit solchen aus Mittel- und Osteuropa kommt. Der Nachteil solcher Festbroschüren besteht allerdings in der verwirrenden Vielfalt der angesprochenen Themen.

Zur Regionalismusdebatte werden wissenschaftliche Annäherungen vorgenommen (Böttcher, Ratti, Veggeland, Roberts), Standortbestimmungen zu den Aktivitäten des Europarates (Kicker) und der EU (Kirchner), aber auch politische Wertungen. So macht Cappellin auf den Widerspruch aufmerksam, wonach die Regionalpolitik der EU nicht die Cohésion fördert - sondern Rivalität und Isolierung. Anstelle des Konzentrationsprinzips Netzwerke, anstelle der Cofinanzierung und Partnerschaft das Subsidiaritätsprinzip sind dementsprechend zwei seiner Forderungen an eine Regionalpolitik.

Äusserst interessant sind die Beiträge aus dem ehemals kommunistischen Umfeld. Hier wird eindringlich auf die Gefahr der Vergrösserung des Grabens durch den Ausschluss der nicht EU - Staaten infolge der Schengener Abkommen verwiesen (Richter), die Schwierigkeiten werden aufgelistet, die sich durch eine lange zentralstaatliche Struktur und deren nahtlose Übernahme durch die neuen Demokratien ergeben (Klojenik). Ansätze zu zwischenstaatlicher Kooperation in Bulgarien (Spiridonova/Stoentcheva) und am Schwarzen Meer (Sandru), zu innerstaatlicher in Slowenien mit Istrien (Hocevar) sowie in der Ukraine (Koval, Dubovik) werden beschrieben, und es werden auch Forderungen erhoben nach Selbsthilfe wie der Gründung einer Mittelmeerregion oder nach dem Aufbau eines Kooperationsnetzwerkes zwischen den mittleren und grösseren Zentren.

Ein weiterer Teil beschäftigt sich mit Fragen der Nationalstaatsideologie und den nationalen Minderheiten. Dass diese Ideologie auch für das 21. Jahrhundert bestimmend sein wird, ergibt sich aus dem kollektiven Bedürfnis der Menschen (McCrone); der Begriff der Nation bietet sich dank seiner Schwammigkeit geradezu auf. Die Relativierung der staatli-

Beilegung eines regionalen Konfliktes

Im April vorigen Jahres sind in der Republik Moldawien die 42 kleinen Verwaltungseinheiten (Bezirke) aus der sowjetischen Zeit abgeschafft und an ihre Stelle 10 größere Regionen eingeführt worden. Diese "Rationalisierungsmaßnahme" war unter anderem von der EU Kommission empfohlen, denn die Bezirke waren zu klein, um Träger von mit EU Fonds finanzierten Projekten zu sein.

Die wirtschaftlich administrativmäßig durchaus vertretbare Reform hatte volkstumspolitisch einen Haken: auch der mehrheitlich von Bulgaren bewohnte Bezirk von Taraclia mußte verschwinden. Die bulgarische Gruppe wurde zur Region Cahul zugeteilt, wo sie nun eine prozentuell kleine Minderheit darstellte.

Die Bulgaren protestierten gegen die Maßnahme und forderten die Wiederherstellung "ihres Bezirkes" in Abweichung von der im Reformgesetz vorgeschriebenen Mindestgröße für eine Region.

Internationale Organisationen und die Region Trentino-Südtirol haben versucht, zwischen Regierung und Minderheitenvertretern zu vermitteln, damit eine friedliche Lösung gefunden wird, nicht

zuletzt in Hinblick auf die Spannungen in der abtrünnigen russophonen Region von Transnistrien.

Die Gespräche haben gefruchtet. Im Oktober 1999 wurde das Gesetz betreffend der Regionen abgeändert und die Region Taraclia errichtet. Am 25. Januar 2000 haben dann die ersten Wahlen zu den regionalen Organen stattgefunden. Beobachter aus dem In- und Ausland haben einen korrekten und fairen Verlauf des Wahlganges feststellen können.

Wichtige Bemerkung: bei der Region Taraclia handelt es sich nicht um eine nationale oder sprachliche Autonomieregelung. Die Region hat genau dieselben Kompetenzen wie alle anderen. Sie bietet aber den Vorteil, daß in ihr die Minderheit zur Mehrheit gemacht bzw. bestätigt wird (ganz im Sinne von Art.

6 des Rahmenabkommens). Die bulgarische Gruppe bekommt ihre Selbstverwaltung wieder. Die Aufgeschlossenheit, die die moldawische Regierung gezeigt hat, werden die Bulgaren mit selber Münze vergelten gegenüber den Minderheiten (Moldawiern und Ukrainern) der neuen / alten Region Taraclia.

chen Souveränität, der Abbau des "monolithischen" Demokratiekonzeptes, die Multiplizität der kollektiven Identitäten sollten in Zukunft einer Instrumentalisierung des Begriffes NATION entgegnet werden können.

Dass die grenzüberschreitenden Kooperationsmodelle der EU bei den beteiligten Regionen (und auch bei den nationalen Minderheiten dieser Regionen!) bisher wenig Lust zum Ausloten der Austauschmöglichkeiten in Kultur und Bildung geboten haben, bedauert Peeters.

Weitere Beiträge beschäftigen sich mit den Minderheiten in Litauen, Belgien und Israel, den Roma, mit dem kulturellen und architektonischen Erbe Europas. Wertvoll sind die vielen Literaturangaben sowie die Buchbesprechungen und Dokumenten grenzüberschreibender Kooperationen.



Änderungsantrag 34

Es ist wichtig, dass die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten, unter Respektierung der Rolle aller Nationalsprachen, sich mit dem Schutz der Vielfalt der Sprachen und Kulturen in Europa

befassen, insbesondere der regionalen und Minderheitssprachen und -kulturen, und zu diesem Zwecke den Bürgern der Union, durch angemessene Unterstützungsmittel, garantieren, dass sie ihre eigenen Sprachen und Kulturen im öffentlichen und privaten Bereich pflegen und entwickeln können.

Minderheitenrechte als Herausforderung in der EU

In einer umfassenden Debatte über die Lage der Menschenrechte in der EU und in Europa wurde das Problem der Minderheiten als grösster Gefahrenherd für die Zukunft Europas bezeichnet. Die Kandidatenländer der EU müssten ihre Minderheiten in ihren fundamentalen Rechten auf Gebrauch der eigenen Muttersprache im privaten und im öffentlichen Bereich respektieren. Kritik wurde aber auch gegenüber den zwei EU - Mitgliedstaaten Frankreich und Belgien geäußert, die immer noch nicht die betreffenden Konventionen des Europarates unterzeichnet hätten. Der von der EU - Kommission vorgelegte Bericht zählt eine lange Mängelliste auf und lässt kaum ein Land in Mittel- und Osteuropa aus. Stichworte hiezu sind: Hindernisse beim Einbürgerungsverfahren, Trägheit der Bürokratie, Sprachengesetze mit ausschliesslicher Verwendung der Staatssprache, fehlende Regelungen für die parlamentarische Vertretung der Minderheiten, Diskriminierung der Roma und Sinti.

Die OSZE-Mission in Estland und ihre Bilanz 1993 - 1999.

Der Fokus dieser Studie, die weitgehend auf Feldforschung und Interviews mit heutigen und ehemaligen Mitarbeitern basiert, liegt auf der Bewertung des Erfolgs der 1992 begonnenen langfristigen OSZE-Mission in Estland. Die Analyse beginnt mit einer Darstellung des Mandats und der Struktur und Zusammensetzung der Missionsmitarbeiter. Die von der Mission gewählte Strategie der -aktiven Konformation (Vermeidung, die estnische Regierung direkt mit Menschenrechtsfragen zu konfrontieren) und die Festlegung der Prioritäten innerhalb der breit angelegten Aktivitäten sind durch das Verständnis der Missionsdiplomaten von einer präventiven Diplomatie bedingt. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass es eine klare geschlechtsbedingte Hierarchie gibt. Darüber hinaus beklagt sie, dass die Unterstützung von NGO-Projekten, die in der Gesellschaft verankert sind und die Demokratisierung und die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft fördern, und die stärker Regierungs-orientierten Aktivitäten der Mission nur unzureichend miteinander verknüpft werden.

Diesem Abschnitt folgen Überlegungen zur Zukunft der Mission und eine Zusammenstellung der Vorschläge von Personen, die gefragt wurden, wie die Mission so umgewandelt werden kann, dass sie einen wesentlichen Beitrag zur Integration der russischsprachigen Minderheit und zur Entwicklung der demokratischen und bürgerlichen Gesellschaft in Estland insgesamt leisten kann.

Die Autorin kommt zu dem Ergebnis, dass die Mission, obgleich sie von der estnischen Regierung nie begrüßt wurde, zu wertvollen Diensten geleistet hat, um beendet zu werden, und dass sie noch immer eine positive Rolle beim Abbau der Spannungen in dem Land spielt. Abschließend versucht der Bericht, die Ergebnisse im Hinblick auf die Rolle langfristiger OSZE-Missionen in der präventiven Diplomatie zu verallgemeinern.

ECMI-Arbeitspapier #6: Birckenbach, Hanne-Margret.
Halb voll oder halb leer?



Helfen Sie der FUEV!

Die finanzielle Situation der FUEV ist eher bescheiden. Damit Sie sich auch weiterhin für den Schutz nationaler Minderheiten einsetzen kann, ist sie auf finanzielle Hilfe angewiesen (Bankverbindung s.u.).

Die FUEV e.V. ist durch Freistellungsbescheid des Finanzamtes Flensburg, Steuernummer: 15290, / F 619, vom 02. 03. 1999 als gemeinnützigen Zielen dienend anerkannt und darf entsprechende Spendenbescheinigungen ausstellen- zwecks Vorlage für das Finanzamt.

Nach Erhalt der Spende erhalten Sie umgehend eine Spendenbescheinigung, aus der u.a. hervorgeht, daß wir den uns zugewendeten Betrag nur für unsere satzungsgemäßen Zwecke verwenden werden.

Union Bank Flensburg BLZ 215 201 00 • Nr. 00120 84

Bestellmöglichkeiten:

LAGEBERICHTE

- Lageberichte aus der Slowakei 1996/97
- Lageberichte aus der Karpatenregion 1996-03
- Lageberichte zu den Krimtataren 1996-10
- Lageberichte aus dem ehem. Jugoslawien 1998-03
- Lageberichte aus Georgien 1998-11
- Lageberichte zu den Aromunen auf dem Balkan 1999-03
- Lageberichte aus Montenegro & Kosovo 1999-07
- Lageberichte aus Aserbaidschan & Georgien 1999-10

FUEV-AKTUELL

- Speziell mit Kurzdarstellungen
- Nr. 53: Ungarn u. Deutschen in Rumänien 1995-07
 - Nr. 54: Bretonen in Frankreich 1995-09
 - Nr. 54: Slowenen in Italien 1995-09
 - Nr. 55: Sorben in Deutschland 1996-02
 - Nr. 55: Kärntner Slowenen in Österreich 1996-02
 - Nr. 56: Rätomanen in der Schweiz 1996-07
 - Nr. 57: Sinti und Roma in Deutschland 1996-10
 - Nr. 58: Krimtataren in der Ukraine 1996-12
 - Nr. 59: Karpatendeutschen i.d. Slowakei 1997-04
 - Nr. 60: Finnen in Schweden 1997-07
 - Nr. 61: Aromunen in den Balkanländern 1997-10
 - Nr. 62: Rumänen in Kroatien 1997-12
 - Nr. 64: Deutsche in der Tschechischen Republik 1998-05
 - Nr. 64: Polen in der Tschechischen Republik 1998-05
 - Nr. 65: Rumänen in der Ukraine 1998-07
 - Nr. 66: Wallachen in Bulgarien 1998-12
 - Nr. 67: Deutsche in Dänemark 1999-03
 - Nr. 68: 50 Jahre FUEV 1999-05
 - Nr. 70: Slowaken in der Tschechischen Republik 1999-12

FUEV-KONGRESSE

- 42. Nationalitätenkongreß Pörschach WS/A 1997
- 43. Nationalitätenkongreß Prag/CZ 1998
- 44. Nationalitätenkongreß Haderslev/DK 1999

FUEV / OSCE-KONFERENZEN

- DK - København: Stabilität oder Instabilität 1997-12
- PL - Warszawa: Die nationalen Minderheiten in PL 1998-11
- A - Wien: Die nationalen Minderheiten in A 1999-09

RESOLUTIONEN

- der FUEV-Delegiertenversammlungen

FUEV - GENERALSEKRETARIAT

Schiffbrücke 41 • D - 24939 Flensburg

Tel: +49 - 461 - 12 8 55
 Fax: +49 - 461 - 18 07 09
 E-Mail: info@fuen.org
 Website: http://www.fuen.org